

## **Nach Marikana: Ist die Politik der Gewalt in Südafrika noch zu stoppen?**

Von Armin Osmanovic

Der gewaltsame Tod von 34 streikenden Bergarbeitern in Südafrika, die bei einem brutalen Polizeieinsatz in Marikana getötet wurden, stellt einen neuen Höhepunkt in einer seit Jahren anschwellenden Gewaltwelle dar, welche die unzähligen Streiks und Proteste im ganzen Land begleiten.

In Marikana, in der Nordwest-Provinz, kam es wegen Gehaltsforderungen von Bergarbeitern und ihre Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen in und um der Platinmine des Unternehmens Lonmin zur Gewalt. In einem anderen Fall, in der Provinz Northern Cape, fordern Protestierende eine Teerstraße für ihr Dorf. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, bedrohen sie Schüler und Lehrer, so dass seit drei Monaten für 16.000 SchülerInnen kein Unterricht stattfinden kann.

Gewalt als Mittel des Protests „lohnt“ sich nicht selten in Südafrika, denn Politik und Unternehmen ignorieren nicht selten Forderungen und wenden sich erst dann den Protestierenden zu, wenn diese „ernst“ machen. Gewalt gehört zum Alltag von vielen Menschen in Südafrika. Kriminalität ist häufig gewalttätig und Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet. Gewalt bei Protesten hat zudem eine lange Tradition in Südafrika. Der Kampf gegen das institutionalisierte Gewaltsystem der Apartheid, die Trennung von Weiß und Schwarz, wurde mit Gewalt geführt. Brennende Schulen und Bibliotheken, Straßensperren und Straßenschlachten mit Polizisten und die Tötung von vermeintlichen oder echten Kollaborateuren mit dem verhassten Apartheidregime prägten das Leben in Südafrika bis in die 1990er Jahre.

Anfang des Jahres hatte Steven Bikos Witwe, Mamphela Ramphele, eine Abkehr von der Gewalt als Mittel des Protests in Südafrika gefordert und damit eine Debatte ausgelöst. Die Anti-Apartheidaktivistin kritisierte die Protestierenden und bezeichnete es als „selbstzerstörerisch“, wenn Schulen und Bibliotheken zerstört werden. Doch in ihrer Hoffnungslosigkeit, dass sich ihre soziale Lage bald bessern wird, machen die Protestierenden keinen Unterschied.

### **Eine Vision verblasst**

Nach Ende der Apartheid vermochte der ANC (Afrikanischer Nationalkongress) die die schwarzen Südafrikaner, Mittelklasse-Haushalte, Arbeiter, Arbeitslose und die

Gruppe der marginalisierten Armen hinter sich zu versammeln. Dass damals Anfang der 1990er Jahre eine friedliche Transformation Südafrikas gelang, war der Bindekraft einer Vision einer gerechten Gesellschaft für alle Südafrikaner zu verdanken. Diese Vision verliert heute 18 Jahre nach Ende der Apartheid an Kraft, da sich die (hohen) Erwartungen in ein besseres Leben für einen Teil der südafrikanischen Bevölkerung nicht erfüllt haben.

Auch die Gewerkschaften in Südafrika, die eng mit der ANC-Regierung verbunden sind, verspüren diese Veränderung, wie der Fall Marikana zeigt. Lange schien es so, als dass COSATU und seine Mitgliedsgewerkschaften der anschwellenden Kritik am ANC entgehen könnte, in dem sich die Gewerkschaften selbst an die Spitze der Kritiker der Regierung stellten.

Kaum eine Woche verging, in der Zwelenzima Vavi, COSATUs Generalsekretär, nicht Korruption und Vetternwirtschaft im ANC und in der Regierung anprangerte. Doch nach dem Massaker von Marikana musste Vavi eingestehen, dass auch zwischen Südafrikas Gewerkschaften und vielen Arbeitnehmern die Distanz wächst, dass sich immer mehr Arbeitnehmer kleineren und radikaleren Gewerkschaften zuwenden oder sich spontan ohne die Gewerkschaftsvertreter konsultieren, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Viele Arbeitnehmer kritisieren vor allem die Nähe von COSATU zum ANC. Die Gewerkschaften seien personell zu eng mit der ANC-Regierung verbunden und daher zu nachsichtig. Ärger bei den Arbeitnehmern ruft auch der Lebenswandel einiger Funktionäre hervor, die mit den sozialen Realitäten ihrer Mitglieder kaum mehr etwas gemeinsam haben.

### **Politiker der Gewalt**

Julius Malema, gestützter Präsident der ANC-Jugendliga, gießt Öl ins Feuer. Er macht für den Tod der Bergleute in Marikana Jacob Zuma, Südafrikas Präsident und ANC-Präsident, direkt verantwortlich. Zuma habe die Bergleute „ausländischen Kapitalinteressen“ geopfert. Mehr Opfer im Kampf für „wirtschaftliche Freiheit“ seien unausweichlich, so Malema vor den versammelten Bergleuten letzte Woche, anlässlich einer Gedenkfeier für die getöteten Kumpels, welche die angereisten ANC-Minister angesichts der feindseligen Stimmung frühzeitig verlassen mussten.

ANC und COSATU reagieren mit scharfen Angriffen auf Malema und bezeichnen ihn als „Konterrevolutionären“. Das allein wird nicht helfen. Sollte es dem ANC und den mit ihm verbundenen Gewerkschaften nicht gelingen die Hoffnungslosen wieder an sich zu binden, die Vision eines gerechten Südafrikas für alle wiederzubeleben, droht Südafrika noch mehr Gewalt.